

Reformprojekt Quartiermitwirkungen:

Herausforderungen im Zusammenhang mit Partizipation und Freiwilligenarbeit und Einordnung in Bezug auf die städtischen Rahmenbedingungen und Quartierorganisationen.

1. Ausgangslage

Die Einwohner*innen der Stadt Bern verfügen über zahlreiche Möglichkeiten, sich an der Entwicklung ihrer Stadt zu beteiligen – vom Kinder- und Jugendparlament bis hin zum Rat der Seniorinnen und Senioren. In den vergangenen Jahren sind zudem neue Instrumente wie die Wohnumfeldverbesserung oder die Einrichtung von Begegnungszonen hinzugekommen, die eine aktive Mitwirkung der Bevölkerung fördern.

Die Quartierorganisationen der Stadt Bern sind als zentrales Bindeglied zwischen der Stadt und der Bevölkerung im Reglement über die politischen Rechte der Stadt Bern verankert. Sie haben die Aufgabe, die Quartierbevölkerung über Belange, die das Quartier besonders betreffen zu informieren und im Rahmen von Vernehmlassungen und Mitwirkungen der städtischen Behörden (basierend auf den planungsrechtlichen Grundlagen) Stellungnahmen zu verfassen. Auch sind sie zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Anliegen der Quartierbevölkerung. Diese Form der Quartiermitwirkung ist ein Erfolgsmodell und hat sich über viele Jahre bewährt, weist allerdings Anpassungs- und Modernisierungsbedarf auf, z.B. bezüglich Professionalität, Diversität und Repräsentativität.

Mit dem Reformprojekt «Quartiermitwirkung» wird nun ein weiterer Schritt unternommen, um die Partizipation in Bern gezielt zu stärken. Sie verfolgt das Ziel, die Beteiligung der Bevölkerung an städtischen Prozessen zu stärken und die Quartierorganisationen (QO) als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Politik sichtbarer und wirksamer zu machen.

Dieser Bericht gibt einen Überblick über aktuelle Trends und Studien in der Partizipation / dem Freiwilligenengagement und ordnet Herausforderungen in diesem Zusammenhang in Bezug auf die Quartierorganisationen ein.

2. Partizipation

Verschiedene Disziplinen und Fachrichtungen bringen unterschiedliche Verständnisse mit, was Partizipation ist und welche Ziele damit verfolgt werden. Dies widerspiegelt sich in den vielfältigen Begriffen, welche oft als Synonyme verwendet werden. Es kann zwischen formellen und informellen Formen sowie zwischen verschiedenen Intensitätsstufen unterschieden werden.

In der Arbeitshilfe «Mitreden & Mitgestalten» der Stadt Bern wird der Begriff Partizipation gleichgesetzt mit Beteiligung (Stadt Bern, 2016). Unter einem partizipativen Prozess wird also die Beteiligung von betroffenen Personen sowie Unternehmen, Organisationen und Institutionen bei städtischen Projekten verstanden. Unter Partizipation können sämtliche Massnahmen und Initiativen umfasst werden, die eine Mitwirkung der Bevölkerung an Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen ermöglichen (EnergieSchweiz für Gemeinden, 2023). Dabei sichern sich die Beteiligten selbst die Einflussnahme oder sie wird ihnen durch andere zugestanden.

2.1 Formelle und informelle Partizipation

Grundsätzlich kann zwischen formeller und informeller Partizipation unterschieden werden.

Die formelle Mitwirkung bezeichnet gesetzlich oder behördlich geregelte Verfahren, bei denen die Bevölkerung oder bestimmte Interessengruppen offiziell Stellung nehmen können. Beispiele im Zusammenhang mit Partizipationsprozessen sind die Stellungnahmen der Quartierorganisationen

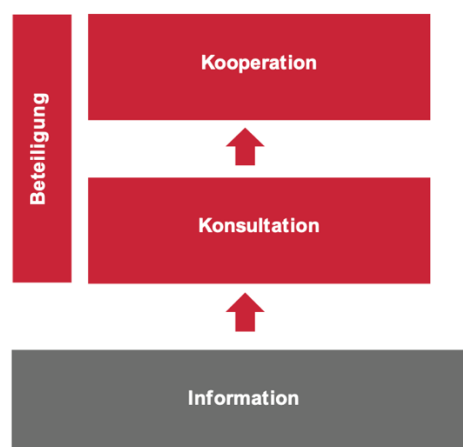
Informelle Mitwirkung umfasst freiwillige, nicht gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsformen, die von Projektträgern (Quartierorganisationen, Quartiervereinen, Netzwerkpartnern, ...) initiiert werden. Ziel ist es, frühzeitig Meinungen, Ideen und Bedürfnisse einzubeziehen, z. B. durch Workshops, Quartiergespräche oder Online-Umfragen.

In Schweizer Städten und Gemeinden ist informelle Partizipation immer stärker verbreitet und wird zunehmend möglich: Einerseits wächst die Verbreitung von digitaler Partizipation bzw. Partizipationsplattformen wie z.B. E-Mitwirkung (Konova AG, 2025), andererseits gibt es vermehrt kantonale und kommunale Leitfähden oder Tool-Kits zu informeller Beteiligung.

2.2 Partizipationsstufen

Die Literatur unterscheidet zwischen verschiedenen Intensitätsstufen der Partizipation (Arbter, 2007). Dabei wird oftmals die Information als erste Stufe der Partizipation definiert. Auf der Stufe Information können die Betroffenen ihre Meinung nicht einbringen und können keinen Einfluss auf das Projekt oder die Planung nehmen. Wichtig ist, dass Information eine Grundvoraussetzung für jeden partizipativen Prozess ist, aber noch keine echte Partizipation ist. Bei städtischen Projekten und Vorhaben wird deshalb erst dann von Partizipation gesprochen, wenn die Stufe Information überschritten wird. Information ist zwar das Fundament jedes partizipativen Prozesses, Beteiligung fängt aber erst dort an, wo die Betroffenen zumindest angehört werden, und ihre Meinungen einbringen können (Konsultation). Eine höhere Intensitätsstufe erreicht die Kooperation. Bei der Kooperation wird das Projekt oder die Planung zusammen mit den Betroffenen entwickelt (Stadt Bern, 2016).

Abbildung 1: Formen der Beteiligung

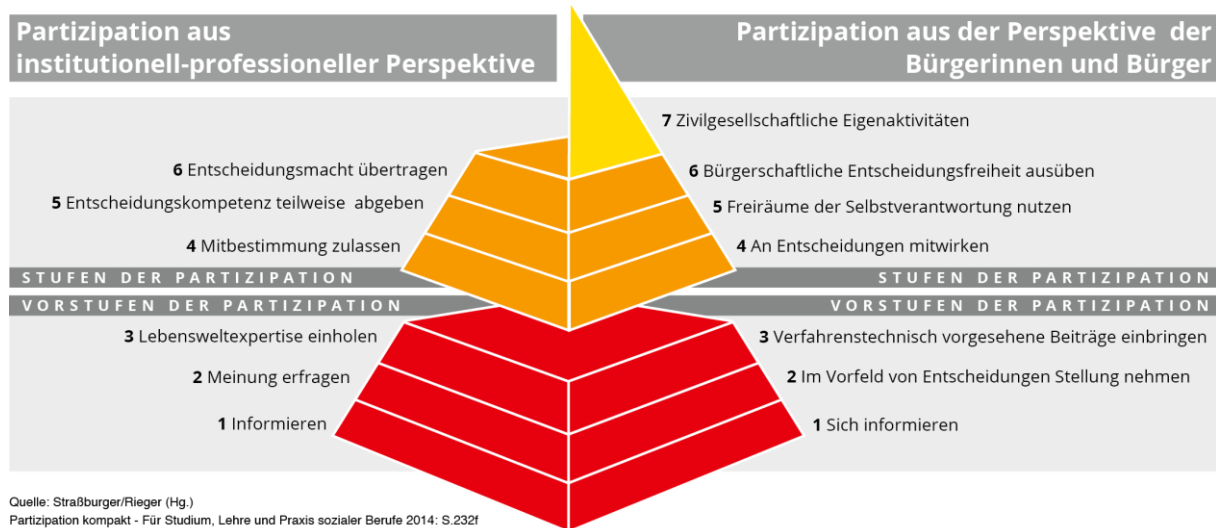


Quelle: Mitreden & Mitgestalten, Arbeitshilfe zu partizipativen Prozessen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, 2016

Ein weiteres Modell der Partizipationsstufen ist die Partizipationspyramide von Strassburger & Rieger (2014). Sie definiert Information wiederum als Vorstufe von Partizipation und echte Partizipation erst dann, wenn die Bevölkerung mitentscheiden kann. Die Partizipationspyramide illustriert besonders

schön die unterschiedlichen Perspektiven bei Partizipation: top-down und bottom-up. Straßburger und Rieger unterscheiden zwischen Beteiligungsprozessen, die in erster Linie von Professionellen bzw. Institutionen initiiert und verantwortet werden und Prozessen, die durch die Bevölkerung angestoßen und getragen wird. Die Perspektive der Fachkräfte und Institutionen wird auf der linken Pyramidenseite abgebildet, die Perspektive der Bevölkerung auf der rechten Seite. Auf welcher Stufe die Partizipation stattfindet, hängt auch immer vom Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum des Projekts ab.

Die Partizipationspyramide von Straßburger und Rieger



2.3 Digitale Partizipation

Nebst dem Einsatz von analogen Partizipationsformaten wie Mitwirkungsveranstaltungen, Workshops, Runde Tische oder Konferenzen nimmt der Einsatz von digitalen Tools in der Partizipation zu – sowohl in der formellen wie in der informellen Partizipation. So wächst beispielsweise die Verbreitung der digitalen Teilnahme an formellen Verfahren über Plattformen wie E-Mitwirkung (Konova AG, 2025), aber auch in der informellen Partizipation und im Freiwilligenengagement sind digitale Tools wie Online-Umfragen oder Chat-Gruppen nicht mehr wegzudenken. In Schweizer Städten und Gemeinden geht die Tendenz in Richtung Aufbau einer zentralen, digitalen Partizipationsplattform. Praktisch jede grössere Schweizer Stadt verfügt inzwischen über eine Plattform, auf der die Bevölkerung eine Übersicht der laufenden Projekte findet, sieht, wo oder wann sie sich beteiligen kann und auch Resultate der Partizipationsprozesse findet.

3. Partizipation und Freiwilligenengagement

Der Freiwilligenmonitor 2025 (Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, 2025) zeigt auf, dass die Freiwilligenarbeit in der Schweiz immer noch auf hohem Niveau ist: Gemäss der Studie engagieren sich 41 Prozent der Bevölkerung formell in Vereinen und Organisationen, 51 Prozent leisten informelle Freiwilligenarbeit, indem sie Betreuungs- und Pflegeaufgaben sowie verschiedene Helferdienste übernehmen (Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, 2025). Ob sich jemand in Vereinen oder Organisationen freiwillig engagiert, hängt von verschiedenen Faktoren ab: Die Bildung, die Staatsangehörigkeit, das Haushaltseinkommen, die Sprachregion und die Zeitdauer, in der man schon am aktuellen Wohnort wohnt. Geht es um die Ausübung eines gewählten Amtes, kommen weitere Faktoren wie Alter oder Geschlecht dazu (Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, 2025).

Doch im Zuge der Individualisierung, Digitalisierung und Mobilität wandelt sich das Freiwilligenengagement, wie die Studie «Die neuen Freiwilligen» (GDI Gottlieb Duttweiler Institut, 2018) zeigt: Wer sich zukünftig engagiert, will sich schnell und projektbezogen einsetzen, möchte wirksam sein, mitdenken und mitbestimmen können, statt nur auszuführen (GDI Gottlieb Duttweiler Institut, 2018). Die Wirksamkeit spielt dabei eine grosse Rolle, auch für die politische Bildung: Denn wer erfährt, dass seine eigene Meinung zählt und gehört wird, lernt demokratische Prozesse zu verstehen. Gerade Menschen, die keine formellen politischen Mitspracherechte haben, können wichtige Selbstwirksamkeitserfahrungen machen und erleben, dass die Organisation der Zivilgesellschaft (bottom-up) durchaus erfolgreich sein kann.

Moderne Freiwilligenarbeit geht also nicht mehr ohne Partizipation. Die Studie schlägt sogar vor, dass entsprechend von «Partizipation» statt von Freiwilligenarbeit gesprochen werden soll. So unterscheidet man nicht zwischen Hilfeleistenden und Hilfsempfängern, sondern spreche von «Teilhabenden», die gemeinsam Probleme angingen (GDI Gottlieb Duttweiler Institut, 2018).

4. Voraussetzungen für Beteiligung

4.1 Partizipation als Kultur

Partizipation bedarf seitens der Behörden, Entscheidungsträgerinnen und -träger ein andauerndes und ehrliches Commitment: Es beruht auf dem echten Interesse, andere Perspektiven kennenzulernen und Partizipation als Bereicherung, als Erweiterung für Meinungsbildung und Entscheidungsfindung anzuerkennen. Ernsthafte Partizipation in der Stadt- und Gemeindeentwicklung bedeutet, lokale Akteur*innen als Expert*innen für ihre Lebensverhältnisse anzusehen und ihnen wiederkehrende und verlässliche Mitsprache-, Entscheidungs- und Gestaltungsgelegenheiten zu gewähren (Becker, 2021). Kommunikation und Partizipation darf nicht als «Nice-to-have» betrachtet werden, sondern als eine Haltung, Kultur und Daueraufgabe in der Stadt- und Gemeindeentwicklung, die mit entsprechenden Stellen, Aufgaben und Ressourcen ausgestattet ist.

4.2 Faktoren für Beteiligung

Freiwilliges Engagement oder Beteiligung braucht also sowohl eine Gewährung der Teilhabe durch Beteiligungsangebote und -möglichkeiten seitens der Entscheidungsträger*innen als auch Nachfrage, Interesse und tatsächliche Teilnahme der Bevölkerung. Doch wie kann bei der Bevölkerung das Interesse geweckt und jene Dialoggruppen, die erreicht werden sollen, tatsächlich erreicht werden?

Bei informellen Prozessen sind neben Menschen ohne Schweizer Pass auch andere Gruppen wie Frauen, Jugendliche, Menschen mit Migrationserfahrung und Menschen mit Behinderungen oft stark untervertreten – insbesondere jene, die nur über wenig ökonomisches und soziales Kapital verfügen (Dröge & Magnin, 2010). Der typische «Profi-Bürger», von dem Partizipationsverfahren dominiert werden, wird oftmals als «männlich, weiss, älter, gut gebildet und wohlhabend» beschrieben.

Ob sich jemand freiwillig engagiert oder «partizipiert» hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab: Ausgehend von dem Stufenmodell der Partizipation erfordert «Information» eine Betroffenheit der jeweiligen Situation und Interesse an der jeweiligen Thematik, über die informiert wird: Je grösser die Betroffenheit und das Interesse, desto höher die Bereitschaft zur Beteiligung.

Weil die Mitwirkung an konkreten Formaten wie Anlässen, Runden Tischen oder Workshops in der Regel einen bereits hohen Bildungs- und Informationsgrad, sprachliche Gewandtheit und Zeit erfordern, werden sich Menschen, die ihre Stärken nicht in diesen Kompetenzen sehen oder aufgrund ihrer Lebenserfahrung oder ihrem Demokratieverständnis nicht glauben, etwas zum Wohle der Allgemeinheit beitragen zu können, nicht beteiligen (Becker, 2021). Um die Frage der Erreichung beantworten zu können, ist zuerst relevant, zu wissen, wer man erreichen möchte.

4.3 Betroffene

Dazu ist in der Partizipation die Frage der Betroffenheit zentral: Wer sind die Hauptbetroffenen des Projekts? Wer interessiert sich dafür oder möchte mitreden? Und wen möchte man sonst noch zur Beteiligung einladen? In der Stadt- und Gemeindeentwicklung kann zudem eine Sozialraumanalyse helfen, Nutzende eines Gebiets und ihre Ansprüche und Bedürfnisse an den Raum zu erfassen (Becker, 2021). Die Sozialraumanalyse eignet sich vor allem dazu ein Verständnis dafür zu entwickeln, welche Bedürfnisse die Quartierbewohnerinnen und -bewohner an ihr Quartier haben und als Grundlage für die zukünftige Sozial- und Stadtteilplanung genutzt, damit gezielte Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden können. Dabei können quantitative und qualitative Methoden kombiniert werden wie die Analyse von Daten, Befragungen, Stadtpaziergänge und partizipative Methoden wie Zukunftswerkstätten oder Mitwirkungsanlässe (Becker, 2021).

Im deutschsprachigen Raum der Markt- und Sozialforschung zählt das Modell der sozialen Milieus zu einem bedeutsamen Ansatz in der Zielgruppenforschung (SINUS-Institut, 2025). Die Sinus-Milieus zeigen, wie vielfältig die Gesellschaft ist. Dabei werden sie in verschiedene Gruppen Gleichgesinnter eingeteilt, in der Schweiz lassen sich derzeit 10 Sinus-Milieus® unterscheiden. So gibt es etwa die Arrivierten (das ist die klassische Oberschicht), die Bürgerliche Mitte (das ist der bürgerliche Mainstream) oder die Eskapisten (das ist die spaß- und erlebnisorientierte untere Mittelschicht). Auch wenn sich die Verwendung der Sinus-Milieus® in der Partizipation gemäss unserem Wissen noch nicht durchgesetzt hat, sind sie wertvoll für das Bewusstsein, wie individuell unsere Gesellschaft und eben auch Gründe für Beteiligung oder Nicht-Beteiligung sein können.

4.4 Diversität und Repräsentativität

Die Erreichung dieser Dialoggruppen und die diverse Beteiligung von Menschen, die keine Übung in Engagement haben, kann nur dann gelingen, wenn die Voraussetzungen für reelle und adäquate Beteiligungschancen für alle Bevölkerungsteile geschaffen werden. Es braucht einen sinnvollen Mix von Formaten und Massnahmen, der unterschiedliche Dialoggruppen anspricht und abholt. Diversität zu erreichen ist ressourcenaufwändig. Repräsentativität auch. Repräsentativität setzt hingegen Messbarkeit voraus und es gibt nur wenige Formate, welche Repräsentativität tatsächlich ermöglichen.

Ein Format, das zu einer repräsentativeren Zusammensetzung führen kann, sind Bürgerräte, bei denen die Teilnehmenden häufig per Losverfahren aus der Bevölkerung gezogen werden, um eine möglichst repräsentative Zusammensetzung zu erreichen. Bürgerräte sind in anderen europäischen Ländern bereits relativ stark verbreitet, in der Schweiz aber noch selten. 2019 fand in Sion der erste Bürgerrat mit Losverfahren statt, 2022 folgte der erste nationale Bürgerrat.

Das Losverfahren kann vielleicht zu einer repräsentativeren Zusammensetzung führen, ist aber nebst der Tatsache, dass der Begriff «Bürger» bereits exkludierend ist für einen grossen Teil unserer Gesellschaft (nämlich alle, die keinen Schweizer Pass haben) wieder eher hochschwellig: Für eine Teilnahme ist wiederum ein hoher Bildungs- und Informationsgrad, sprachliche Gewandtheit und Zeit erforderlich. Jene Zielgruppen, die man mit gewissen Partizipationsformaten noch nicht erreichen kann, erreicht man mit einem solchen Format nicht besser. Ausserdem bleiben diese Empfehlungen meist «symbolisch», im Sinne der Partizipation wäre es wichtig, dass Beteiligungsverfahren an die Regelstrukturen angeknüpft werden, damit Wirkung erreicht wird. Das Losverfahren kann für zeitlich beschränkte und themenspezifische Fragestellungen sicher spannend sein, könnte aber im Rahmen der Quartiermitwirkung die bestehenden Strukturen eher schwächen, statt zu stärken.

Um eine diversere Beteiligung zu erreichen, können folgende Anhaltspunkte helfen:

- Je grösser die Betroffenheit, desto höher die Bereitschaft zur Beteiligung
- Schlüsselpersonen sind wichtige Multiplikator*innen, um Dialoggruppen zu erreichen, aber auch Schnittstellen für die Kommunikation ins Quartier.
- Soziale Stadtentwicklung erfordert die Einbindung und Kooperation aller betroffenen Akteure, also auch Schule, Polizei, Kirchen andere Vereine sowie das Gewerbe → dies sind wichtige Ressourcen, die es bei der Entwicklung des Quartiers miteinzubeziehen gilt.
- Das Andocken an bereits bestehende, von den Dialoggruppen besuchte und akzeptierte Gefässe ist oftmals niederschwelliger als die Schaffung neuer Formate.
- Anlässe sollten an Veranstaltungsorten durchgeführt werden, welche die Dialoggruppen kennen und zu ihnen passt sowie eine barrierefreie Teilnahme ermöglicht.
- Ansprechende, zielgruppengerechte Kommunikation, wenn nötig und sinnvoll auch in andere Sprachen übersetzt.
- Der Einsatz von digitalen Formaten hilft, andere Dialoggruppen zu erreichen, sollte analoge Formate aber niemals ersetzen.

4.5 Verstetigung der Formate

Wenn sich bestimmte Massnahmen und Projekte als erfolgreich für die nachhaltige Stadtteil-/Quartierentwicklung erwiesen haben, sind diese auf Dauer zu sichern. Dazu zählen nebst Räumlichkeiten, die sich bewährt haben und als akzeptiert gelten auch die Beteiligungsformate. Diese sollten nicht immer wieder ausgetauscht, verändert oder ausgesetzt werden. Denn die durch kontinuierliche, ernsthafte Beteiligung der Bevölkerung und lokalen Akteuren erworbene Glaubwürdigkeit von Verwaltung und Politik ist auch auf Stadt- und Gemeindeebene ein fragiles Gut, das ständiger erfahrungsbasierter Bestätigung bedarf (Becker, 2021).

6. Herausforderungen in den städtischen Quartierorganisationen

6.1 Beschränkte Einbindung durch nicht formell organisierte Gruppen

Dadurch, dass bei den städtischen Quartierorganisationen nur juristische Personen Mitglieder werden können, welche in einem Stadtteil oder in einem seiner Quartiere aktiv und verankert sind, werden andere, nicht formell organisierte Gruppierungen sowie Individualpersonen zu wenig

eingebunden. Aber auch individuelle oder nicht formell organisierte Gruppen sollen Anliegen einbringen können.

In der Stadt St.Gallen wurde mit der Verabschiedung des neuen Partizipationsreglements im Jahr 2021 der Bevölkerungsvorstoss eingeführt. Dieser ermöglicht sämtlichen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt St.Gallen, unabhängig von Alter, Herkunft und staatsbürgerlichem Status, also mit oder ohne Stimmrecht, Anliegen einzubringen. Mindestens 15 Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt St.Gallen, die das 13. Altersjahr zurückgelegt haben, können zu allen Fragen und Themen des politischen Alltags, dem Stadtparlament einen Bevölkerungsvorstoss einreichen (Stadt St.Gallen, 2025). Der Vorstoss kann niederschwellig eingeführt werden und auf der Mitwirkungsplattform der Stadt St.Gallen wird der Stand der Bearbeitung transparent aufgeführt. In der Stadt Bern ist dies vergleichbar mit der Partizipationsmotion, die der ausländischen Wohnbevölkerung in der Stadt Bern politische Mitwirkung ermöglicht.

Das Reformprojekt «Quartiermitwirkung» kann aufzeigen, wie es gelingt, dass im Rahmen der Quartierorganisationen auch Individualpersonen oder nicht formell organisierte Gruppierungen auf niederschwellige Art und Weise Anliegen zum Quartier eingeben können.

6.2 Wirksamkeit der Beteiligung

Die Bevölkerungsbefragung 2019 und auch die Online-Umfrage im Rahmen des Reformprojekts «Quartiermitwirkung» zeigte, dass in den Stadtteilen grosse Unterschiede bestehen, ob die Berner*innen, die sich beteiligen, das Gefühl haben, dass sie durch ihre Beteiligung das Leben in der Stadt Bern mit beeinflussen können oder nicht (Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik, 2019). Bei partizipativen Prozessen ist es zu Beginn wichtig, den tatsächlichen Gestaltungsspielraum klar zu definieren und gegenüber der Bevölkerung transparent zu vermitteln. Genauso wichtig ist nach Abschluss des Prozesses die Rückspiegelung oder Rückkopplung: Den Menschen, die sich eingebracht und beteiligt haben, muss aufgezeigt werden, wie ihre Inputs in die Planung eingeflossen sind und weshalb etwas nicht berücksichtigt werden konnte. So kann Beteiligung wirksam und transparent erfolgen.

Die Wirksamkeit und Motivation der Quartierbevölkerung wird zudem dort gestärkt, wo sie mitentscheiden können, wie dies beispielsweise den partizipativen Budgets der Fall ist, wo die Bevölkerung unkompliziert kleinere Projekte im eigenen Stadtteil finanzieren kann.

6.3 Bekanntheit der Quartierorganisationen

Die Bevölkerungsbefragung 2019 und auch die Online-Umfrage zu den Quartierorganisationen zeigte auf, dass die Quartierorganisationen wenig bekannt sind: 2019 kannten nur rund 40% der Berner*innen die städtischen Quartierorganisationen. Interessant dabei ist, dass persönliche Merkmale wie «Geschlecht», «Alter», «Migrationsstatus», «Bildung», «Einkommen» und «Haushaltsform» signifikant Einfluss darauf haben, ob die Quartierorganisationen bekannt sind. Bei den Merkmalen «Beschäftigung» und «spezifische Bedürfnisse» (Personen mit Beeinträchtigung(en)) wurde kein signifikanter Zusammenhang festgestellt. Dies wiederum bestärkt die These, dass sich eher Personen mit einem hohen Bildungs- und Informationsgrad, sprachlicher Gewandtheit und Zeit beteiligen und dementsprechend die QO kennen.

Tabelle 1: Welche Personen kennen die Quartierorganisationen mit tieferer/höherer Wahrscheinlichkeit?

tiefere Wahrscheinlichkeit	höhere Wahrscheinlichkeit
Männer	Frauen
jüngere	ältere
mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
tiefere Bildung	höhere Bildung
tiefere Einkommen	höheres Einkommen
Einpersonenhaushalt	Haushalt mit Kind(ern)

Es werden nur Variablen aufgeführt, die einen signifikanten Einfluss auf die Bekanntheit aufweisen (Niveau 0,05).

Quelle: Datenquelle: Statistik Stadt Bern, Bevölkerungsbefragung 2019 | 2878 Befragte

Um die Bekanntheit der Quartierorganisationen zu stärken, hat das Reformprojekt die wichtigen Handlungsfelder erkannt: Nebst der Optimierung der Kommunikation und die Verwendung digitaler Kanäle spielt sicherlich auch die vermehrte Präsenz und Sichtbarkeit im Quartier und das Einbinden der Bevölkerung eine Rolle: Dazu beitragen können auch schon vermehrte Informations- oder Diskussionsformate, ein digitaler / analoger Briefkasten oder stärkere Vernetzung mit weiteren Akteur*innen ausserhalb der Delegierten.

7 Fazit

Partizipation wird in der Stadt- und Gemeindeentwicklung immer bedeutsamer: Die Bevölkerung soll mitgestalten und sich in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbringen können.

Die Stadt Bern verfügt über eine lange Tradition der Mitwirkung, doch gesellschaftliche Veränderungen, neue Beteiligungsformen und ein Wandel im freiwilligen Engagement machen eine Weiterentwicklung notwendig. Partizipation ist damit nicht mehr nur ein politisches Verfahren, sondern fördert auch das zivilgesellschaftliche Engagement. Für die Quartierorganisationen bedeutet dies, dass ihre Rolle als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Stadt weiterhin zentral ist, jedoch an heutige Bedürfnisse angepasst werden muss: mehr Offenheit gegenüber nicht-organisierten Gruppen und Einzelpersonen, stärkere Sichtbarkeit, zeitgemässe Kommunikationsformen und klare Wirkungspfade.

Um diversere Bevölkerungsgruppen ansprechen zu können, ist für die Quartierorganisationen die Kooperation und Zusammenarbeit mit wichtigen Akteurinnen und Akteuren im Quartier zentral: Schlüsselpersonen können als Multiplikator*innen eingesetzt werden und als Schnittstelle zum Quartier Angebote und Anliegen der Quartierorganisationen kommunizieren. Aber auch die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren wie Schule, Kirchen oder das Gewerbe sind – je nach Thema – wichtige Ressourcen.

Ein koordiniertes, längerfristiges und regelmässiges Austauschgefäss und/oder eine Quartierkonferenz – bestehend aus diversitätsspezifischen Einzelpersonen / Schlüsselpersonen aus dem Quartier könnte für den Austausch und die Spiegelung von Themen und Anliegen der Quartierorganisation interessant sein.

Der Einsatz von digitalen Formaten und eine zielgruppengerechte Kommunikation unterstützt diese Bestrebungen. Um auch nicht-organisierten Gruppen und Einzelpersonen das Einbringen von Ideen, Anliegen oder Bedürfnissen zu ermöglichen, könnten nebst digitalen Tools auch Quartier-

Veranstaltungen helfen, wo man selbst ein Thema vorschlagen oder zu definierten Themen durchführen könnte.

Gleichzeitig bleibt offensichtlich, dass Partizipation und freiwilliges Engagement stark durch individuelle Lebenslagen geprägt sind. Faktoren wie Bildungsstatus, Staatsangehörigkeit, zeitliche Ressourcen, Sprachkompetenzen, Haushaltseinkommen oder Geschlecht beeinflussen, ob und wie Menschen sich engagieren. Eine vollständig repräsentative Beteiligung lässt sich daher nie vollständig erreichen. Dennoch kann Mitwirkung für eine vielfältige Gesellschaft erleichtert werden – durch methodische Vielfalt, zielgruppenspezifische und barrierearme Angebote sowie die Zusammenarbeit mit Schlüsselpersonen und bestehenden Netzwerken im Quartier.

Die Stadt Bern steht vor der Aufgabe, nicht nur die rechtlich vorgesehenen Mitwirkungsverfahren zu stärken, sondern die gesamte Bevölkerung – unabhängig von Alter, Herkunft oder staatsbürgerlichem Status – in Meinungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Damit eine diversere und wirksamere Beteiligung im Sinn eines echten Bottom-up-Verständnisses entstehen kann, braucht es gleichzeitig klar gestaltete und unterstützende Strukturen von oben. Eine zentrale Anlaufstelle für Partizipation könnte helfen, eine Übersicht über bestehende Beteiligungsformen zu schaffen, die verschiedenen Partizipationsprojekte und Mitmachmöglichkeiten der Stadt ersichtlich zu machen sowie klare Qualitätsstandards und Beteiligungsregeln auszuarbeiten, um andere städtische Stellen bei partizipativen Prozessen beraten und unterstützen zu können.

Eine solche Anlaufstelle würde die Bevölkerung als wichtige Impulsgeberin anerkennen, den Dialog über städtische Vorhaben fördern und die Verstetigung von Partizipation unterstützen. Darüber hinaus könnte sie mit dem freiwilligen Engagement verknüpft werden, indem zivilgesellschaftliche Initiativen sichtbar gemacht und Interessierte über Projektförderungen oder Unterstützungsmöglichkeiten informiert werden.

Corinne Schwegler, ProjektForum, 26. November 2025

Quellen:

- Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik (Austa). (2019). Stadtteilpartizipation und Zufriedenheit im Quartier. Verfügbar unter: https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_sta/bevoelkerungsbefragung-2019-vertiefte-erkenntnisse
- Arbter, K. (2007). Öffentlichkeitsbeteiligung bei abstrakten strategischen Planungen: geht das überhaupt? Erfahrungen aus der Praxis. Verfügbar unter: https://www.arbter.at/pdf/Glocalist_21_2007_Arbter_OB_PPP.pdf
- Dröge, K. & Magnin, C. (2010). Integration durch Partizipation? Zum Verhältnis von formeller und informeller Bürgerbeteiligung am Beispiel der Stadtplanung. Zeitschrift für Rechtssoziologie, 31 (1).
- EnergieSchweiz für Gemeinden. (2023). Kompass Partizipation für Städte und Gemeinden. Verfügbar unter: https://www.local-energy.swiss/dam/jcr:10ae1831-4798-443a-a60e-a5c2a60dbc9e/230522_RZ_Smartcity_Broschuere_Partizipation_A4_DE_digital.pdf
- GDI Gottlieb Duttweiler Institut. (2018). Die neuen Freiwilligen. Verfügbar unter: https://gdi.ch/publikationen/studien/die-neuen-freiwilligen?gad_source=1&gad_campaignid=1394133544&gbraid=0AAAAADBa5cdvJ0TBcmRvRXs9J-ruT9MYW&gclid=CjwKCAiAoNbIBhB5EiwAZFbYGFxuDw8sjtj-2WF6lSMo2x1D9-9UITa6ETJ583A_vNT2r4QXIHw1GhoCd8gQAvD_BwE#attr=
- Konova AG. (2025). Ergebnisbericht zur Studie «Verbreitung von Partizipationsplattformen in Deutschschweizer Städten». Verfügbar unter: <https://e-mitwirkung.ch/blog/digitale-partizipation-im-aufwind-die-neue-studie-zeigt-wie-staedte-in-der-deutschschweiz-auf-e-mitwirkung-setzen?>
- M. Becker. (2021), Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit.
- Stadt Bern (2016). Mitreden & Mitgestalten. Arbeitshilfe zu partizipativen Prozessen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Verfügbar unter: https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/arbeitshilfe-partizipation-verabschiedet#dokument
- SINUS-Institut. (2025). Verfügbar unter: <https://www.sinus-institut.de/sinus-milieus/sinus-milieus-schweiz>
- Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft. (2025). Freiwilligenmonitor 2025. Verfügbar unter: https://freiwilligenmonitor.ch/wp-content/uploads/2025/08/Freiwilligen_Monitor_DE.pdf